



BUNDESVERBAND
DEUTSCHER FERTIGBAU E.V.

Politisches Positionspapier

Der Bundesverband Deutscher Fertigtbau e.V. (BDF) besteht seit 1961 als Interessenvertretung der bundesweit industriell tätigen Hersteller von Häusern in Holzfertigtbauweise. Mit seinen 47 Mitgliedsunternehmen repräsentiert der BDF 90 Prozent der mittelständisch geprägten Fertigtbauindustrie in Deutschland. Die Mitglieder des BDF erwirtschaften mit insgesamt 11.000 Mitarbeitern einen Umsatz von knapp 2,3 Mrd. €. Der Marktanteil der Fertigtbauweise wächst kontinuierlich und erreicht im Segment der Ein- und Zweifamilienhäuser fast 20%. Damit ist knapp jedes fünfte genehmigte Eigenheim ein Fertigtbauhaus. Dem BDF sind weiterhin etwa 100 fördernde Mitglieder aus dem Zulieferbereich angeschlossen. Der BDF ist Mitglied im Hauptverband der Deutschen Holzindustrie (HDH), der etwa 1.000 Unternehmen mit 150.000 Beschäftigten und einem Umsatz in Höhe von 35 Milliarden Euro repräsentiert.

Bauen mit Holz ist aktiver Klimaschutz

Bauen mit Holz bedeutet Bauen mit Zukunft, denn es leistet einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewende. Wissenschaftliche Studien bescheinigen dem modernen Holzbau eine lange Lebensdauer und hohe Wertbeständigkeit. Der nachwachsende Werkstoff Holz ist ein Kohlenstoffspeicher, der das klimaschädliche CO₂ während des Wachstums der Bäume durch Photosynthese speichert und über seine gesamte Lebensdauer in sich trägt. Gleichzeitig können durch den vermehrten Einsatz von Holz im Bauwesen energieintensive Baumaterialien substituiert werden, welches dem Klimaschutz in doppelter Hinsicht zu Gute kommt. Die Nachhaltigkeit des Materials ist in Deutschland bereits von Anfang an gegeben und wird durch die Energie- und Ressourceneffizienz des Holzbaus noch weiter gesteigert. Der moderne Holzbau erreicht aufgrund seiner sehr guten energetischen Kennwerte und seines im Bauwesen sonst nicht gegebenen umfangreichen Vorfertigungsgrades ein besonders hohes Maß an Qualität und Planungssicherheit sowie Flexibilität. Damit bietet der Holzbau angesichts der aktuellen Herausforderungen im Klimaschutz, aber auch in der Baupolitik, ein noch lange nicht ausgeschöpftes Potenzial.

Baden-Württemberg macht es vor

Ein Musterbeispiel für nachhaltiges Bauen mit natürlichen Ressourcen wie Holz ist Baden-Württemberg: Hier liegt der Anteil der in Fertigtbauweise errichteten Ein- und Zweifamilienhäuser bei 33% bereits (2017). Der BDF begrüßt den aktuellen politischen Willen, das Bauen mit nachhaltigen Baustoffen weiter zu fördern und durch eine Novellierung der Landesbauordnung das Bauen mit Holz weiter zu erleichtern.



BUNDESVERBAND
DEUTSCHER FERTIGBAU E.V.

Neuer bezahlbarer Wohnraum

Die Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum ist eine der wichtigsten Aufgaben für die neue Bundesregierung. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sieht einen Neubaubedarf von mindestens 350.000 Wohnungen jährlich bis 2020. Derzeit stehen dem nur 280.000 Baufertigstellungen gegenüber. Deshalb muss die Bundesbaupolitik neu justiert werden.

Vorfahrt für Bauen von bezahlbarem Wohnraum aus Holz, das heißt konkret:

- **Keine Benachteiligung des klimafreundlichen Baumaterials „Holz“** in den Bauordnungen einiger Bundesländer und in der Musterbauordnung sowie der MVVTB (Muster-Verwaltungsvorschrift technische Baubestimmungen)
- Einführung **neuer, dem technischen Standard angepasster Regelungen** vor allem im **Brandschutz**, da das Baumaterial „Holz“ sämtliche vorgeschriebenen Schutzziele erreicht
- **Erhöhung des Anteils an energie- und ressourceneffizienten Holzbauten** am Gesamtbestand aller Gebäude und vor allem signifikante Steigerung der Sanierungsrate
- **Senkung der MwSt. auf 7 Prozent für Holzbauprodukte**

Klimaschutz

Bauen mit Holz ist ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz. Insbesondere der Bau- und Gebäudebereich kann einen erheblichen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele Deutschlands leisten – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die Wohnungsbaupolitik ist daher stärker an den Klimaschutzziele und den Anforderungen an die Energieeffizienz auszurichten. Der BDF fordert daher:

- **Gebäudebilanzierung mit ganzheitlicher klimapolitischer Bewertung:** Die bei der Herstellung von Bauprodukten aufgewandte Energie („Graue Energie“) ist in der Gebäudebilanzierung zu berücksichtigen
- Bestehende Energiegesetze sind zu einem **ganzheitlichen Gebäude-Energie-Gesetz** bzw. einem **echten CO₂-Einspargesetz** weiterzuentwickeln
- Der Energiestandard **KfW-Effizienzhaus 55 ist als Gebäudestandard** der richtige Maßstab, darüber hinaus ist der Energiestandard im Kontext der Entwicklung der Europäischen Richtlinie für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPDB) auszurichten.
- Die öffentliche Hand muss ihrer **klimapolitischen Vorbildfunktion** durch Errichtung und Nutzung von Holzgebäuden für den eigenen Gebäudebestand gerecht werden
- Die Versorgung von **Wohneigentum** mit **umweltfreundlich erzeugtem Strom** muss gefördert und mit Maßnahmen z. B. zur Stützung der **Elektromobilität** gekoppelt werden
- **Wohngebäude** der Zukunft müssen **multifunktional** sein; sie können Energie produzieren und diese auch speichern. Nach diesem Leitbild sind die **Landesbauordnungen** auszurichten und weiterzuentwickeln



BUNDESVERBAND
DEUTSCHER FERTIGBAU E.V.

Baupolitik

Um entsprechende Anreize zum Bauen mit Holz zu setzen, bedarf es flankierender Maßnahmen zur Senkung der mit dem Hauskauf und Hausbau verbundenen Kaufnebenkosten:

- **Mobilisierung von Bauland:** Kommunen müssen dazu angehalten werden, Grundstücke für Selbstnutzer in ausreichender Zahl und Größe auszuweisen; hierfür ist das Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImAG) grundsätzlich zu reformieren
- Um Anreize für den Erwerb von Wohneigentum zu setzen, ist die Einführung einer staatlichen **Eigenheimförderung** nötig, insbesondere für Familien in Form eines **Baukindergeldes**
- Für Bauherren von Ein- und Zweifamilienhäusern als EffizienzhausPlus mit CO₂-speichernden Holzbauprodukten ist eine entsprechende Energie-**Gutschrift** vorzusehen
- Die **Grunderwerbsteuer** muss beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum bundesweit auf 3,5 % gesenkt und ein Freibetrag von 400.000 Euro für Eigenheimbesitzer eingeführt werden. Außerdem bezahlen Bauherren Umsatzsteuer und Grunderwerbsteuer, wenn der Bauträger Dritte für Arbeiten beauftragt z.B. den Installateur für den Einbau der Heizung. Diese Praxis der **Doppelbesteuerung** muss beendet werden
- Die Vorgaben zur **Beleihungswertermittlung** müssen modernisiert und an die tatsächliche Qualität heutiger holzbasierter Gebäude angepasst werden
- Zur Förderung des innovativen, zukunftsgerichteten Bauens sind entsprechende **Demonstrationsgebiete/-ausstellungen** auszuweisen, in denen in Bezug auf die bestehenden bauordnungsrechtlichen Bestimmungen größere **Freiräume für Planung und Realisierung** gewährt werden. Die Ergebnisse sind in Bezug auf die ökonomischen, ökologischen und sozioökonomischen Aspekte zu evaluieren und bei positiver Erfahrung in bauordnungsrechtliche Bestimmungen zu übertragen

Holz-/Forstpolitik

Die stoffliche Holzverwendung trägt durch die Speicherung von Kohlenstoff und durch die Substitution energieintensiver Materialien in besonderem Maße zur Minderung des Treibhausgases Kohlenstoff-dioxid bei. Deshalb braucht es eine **ausgewogene Forst- und Naturschutzpolitik**, was bedeutet:

- Die **stoffliche Verwendung** von Holz ist weiter auszubauen, ohne die nachhaltige **Bewirtschaftung** und **Biodiversität** der Wälder zu gefährden
- **Nachhaltig bewirtschaftete Waldflächen** sind durch die Mobilisierung nicht genutzter Potenziale auszuweiten, um Artenschutz und wirtschaftlichen Interessen gleichermaßen gerecht zu werden
- Konsequente Umsetzung der **Charta für Holz 2.0** mit einem entsprechenden ressort-übergreifenden Aktionsplan und einer angemessenen finanziellen Mittelausstattung
- Ein für Holzindustrie und Gesellschaft unverzichtbarer **Nadelholzanteil** in ökologisch wertvollen und stabilen Mischwäldern ist zu erhalten

Digitalisierung

Die Digitalisierung hat als eines der größten Zukunftsthemen auch in der Baupolitik große Bedeutung. Um die Baupolitik innovativ zu unterstützen, fordert der BDF:

- Ein **flächendeckender Breitbandausbau** insbesondere in ländlichen Gebieten muss sichergestellt werden, damit sowohl die mittelständisch geprägte Fertighausindustrie als auch Bauherren in ländlichen Regionen am digitalen Wandel partizipieren können
- **Digitale Prozesse** in Verwaltungen etwa zur Beschleunigung der Erteilung von Baugenehmigungen müssen weiter vorangetrieben werden
- **Forschungs- und Entwicklungsprojekte** zum Beispiel zu Schnittstellen zwischen Bauplanung und Bauausführung müssen gefördert werden

Ländlicher Raum

Drei Viertel der Arbeitsplätze der Holzwirtschaft sind im ländlichen Raum angesiedelt. Damit die ländlichen Regionen in Deutschland von einer starken Holzindustrie profitieren und die Strukturen gestärkt werden, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Die **Infrastruktur** in ländlichen Regionen muss ausgebaut werden. Diese Standorte sind langfristig nur durch eine ausreichende Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten, medizinischer Infrastruktur, kulturellen Einrichtungen und Bildungsangeboten attraktiv
- Der **Eigenheimerwerb** gerade in ländlichen Regionen ist durch entsprechende Anreize so zu fördern, dass sich gerade auch junge Familien vermehrt in solchen Regionen niederlassen; dies entlastet gleichzeitig die Ballungsräume

Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht

Zur **Reduzierung des Fachkräftemangels** in der Bauindustrie sind zeitnah entsprechende **Qualifizierungsangebote** für fachlich geeignete Personen zu ergreifen. Letzteres soll sich gerade an Personengruppen richten, welche dem Arbeitsmarkt in Deutschland bislang nicht zur Verfügung stehen (z.B. Flüchtlinge mit Bleiberecht).

Die Mitgliedsunternehmen des BDF sind gegen einschränkende Maßnahmen des Gesetzgebers, die zu mehr Bürokratie, Verwaltungsaufwand und höheren Kosten führen. Die Änderung der bestehenden arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Einführung neuer Rechtsinstrumente müssen auf eine **Flexibilisierung und Reform des Arbeitsmarkts** ausgerichtet sein.

Verabschiedet vom Vorstand des BDF am 24. Januar 2018